

Ethisch-ökologische Geldanlagen in der Schweiz

Autor(en): **Bosshard, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **95 (2001)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144306>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ethisch-ökologische Geldanlagen in der Schweiz

Der folgende Beitrag gibt ein Referat wieder, das Peter Bosshard an der Tagung «Die Schweiz und ihre Geldanlagen» vom 1./2. Dezember 2000 in Bern vorgetragen hat. Es handelt sich dabei auch um eine Zwischenbilanz, die der scheidende Sekretär der Erklärung von Bern nach 14 Jahren ziehen wollte. Deshalb verbindet sich sein Überblick über ethisch-ökologische Geldanlagen mit einem Rückblick und mit einem Ausblick in die Zukunft. Der Autor legt dar, wie der Erfolg alternativer Banken die übrige Wirtschaft nicht unbeeinflusst gelassen hat. Finanzinstitute leisten sich ganze Umweltabteilungen, Pensionskassen und andere eher konventionelle Investoren unterstützen kritische Aktionärinnen. Trotzdem sind die Auswirkungen auf die Grosskonzerne und die Banken noch beschränkt. Am ehesten könnten öffentliche Hand und Pensionskassen eine Vorreiterrolle übernehmen. Für die Zukunft wird vieles vom Druck der Öffentlichkeit abhängen. Zuversichtlich stimmt den Autor auch die gute Rentabilität der Ökofonds. Er plädiert dafür, mit den ethisch-ökologischen Geldanlagen zu experimentieren, um Hand in Hand mit politischen Veränderungen auch eine neue Wirtschaftsweise zu erreichen.

Red.

Hebel oder Feigenblatt?

Ich habe *zwei symbolische Gegenstände* an diese Tagung mitgebracht: ein Feigenblatt und einen Hebel. Wenn der Hebel genug lang wäre, so lehrt uns Archimedes, könnten wir damit die Welt aus den Angeln heben. Welches der beiden Symbole ist nun das richtige Sinnbild für unsere Tagung? Bilden ethisch-ökologische Geldanlagen ein Feigenblatt, ein grünes Mäntelchen, welches die unethischen Geschäfte des Schweizer Finanzplatzes verdeckt? Oder sind sie der geeignete Hebel zur Veränderung der Wirtschaft? Steckt dahinter der Anfang eines umfassenden Umdenkungsprozesses, hin zu einer umwelt- und menschenrechtsverträglichen Wirtschaft?

Als ich meine Arbeit bei der Erklärung von Bern (EvB) begann, stand der Finanzplatz Schweiz bereits im Zentrum der Kritik. Der *Chiasso-Skandal* hatte die Öffentlichkeit erschüttert. Sie SKA versuchte mit 100 000 Skimützen, ihr Image wieder aufzubauen. Die Schweizer Banken finanzierten mit umfangreichen Krediten das südafrikanische *Apartheid-Regime*, und 1986 flog die *Marcos-Affäre* auf. Die EvB hatte 1982 eine Umfrage über alternative Geldanlagen durchgeführt. Genau 500 von 3000 schriftlich angefragten Mitgliedern erklärten sich damals bereit, einen Teil ihrer Spargelder in eine «*alternative Anlagegesellschaft*» zu investieren. Die meisten fanden es sinnvoll, dass eine solche Gesellschaft auch als *kritische Aktionärin* an den Generalversammlungen grosser Firmen auftreten sollte.

Bloss – Handlungsmöglichkeiten, konkrete Alternativen gab es zu diesem Zeitpunkt kaum. Wegen der Apartheid-Kredite löste ich im Juli 1982 mein eigenes Konto bei der Bank Leu auf. Als Alternative gab es fast nur die *Genossenschaftliche Zentralbank*, welche auf das Südafrika-Geschäft verzichtete. Auf dem Land gab es natürlich auch die *Raiffeisenkassen*.

Immerhin – die Szene bewegte sich.

1984 nahm die (anthroposophisch orientierte) *Freie Gemeinschaftsbank BCL* ihre Tätigkeit auf. Über die EDCS – heute *Oikocredit* – konnten bereits Darlehen an Projekte in armen Ländern vergeben werden. Und am 1. April 1987, meinem ersten Arbeitstag bei der EvB, wurde die Arbeitsgruppe zur Gründung einer *alternativen Bank* in der Schweiz ins Leben gerufen. «Was ist ein Banküberfall im Vergleich zur Gründung einer Bank?» lautete ihr Motto nach Bertold Brecht. Diese Idee wurde in offiziellen Kreisen belächelt. Sie stiess aber unter interessierten Organisationen und Einzelpersonen auf viel Begeisterung.

1986 war auch der *Verein kritischer Aktionärinnen und Aktionäre der Schweizerischen Bankgesellschaft* gegründet worden. Am 9. April 1987 nahmen wir an der Aktionärsversammlung der Bank teil. Wir forderten, dass die SBG ein Prozent des Gewinnes dazu einsetzen solle, um die *Schulden* der ärmsten afrikanischen Länder zu erlassen. «1 Prozent mehr Gerechtigkeit», war unser Motto. Daran war die Bankgesellschaft nicht interessiert. Wir könnten allenfalls am Ausgang des Versammlungsraums ein Spendenkässeli aufstellen, schlug uns ein Vertreter der Bank vor. Das war damals die Mentalität. Mehrmals wurde uns an den Aktionärsversammlungen der SBG das Mikrofon abgestellt. Und der Verein der kritischen Nestlé-Aktionäre wurde von der Nahrungsmittelfirma gar eingeklagt. Die Ansprüche auf Ethik und Rendite standen sich in den 80er Jahren diametral gegenüber. Die Frage von Hebel oder Feigenblatt stellte sich noch gar nicht.

Schlaglichter auf die aktuelle Situation: Alternativbanken legen zu – und Grossbanken entdecken den Umweltschutz

Unterdessen hat sich die Lage verändert. Die Bank Leu, die Genossenschaftliche Zentralbank, die SBG – sie alle wurden geschluckt. Die SKA hat Namen und

Struktur geändert. Die Raiffeisenkassen und die Alternativbanken gibt es weiterhin. Einige Schlaglichter beleuchten die aktuelle Situation:

Das Lächeln über die *Alternative Bank Schweiz* ist in der Finanzwelt längst dem beeindruckten Staunen gewichen. Der Erfolg der alternativen Banken löste einen *Nachahmungseffekt* aus. Fast alle konventionellen Banken haben heute ihre eigenen *Umweltkonten oder Ökofonds* eingerichtet. In der neuen Broschüre des WWF und der EvB zählen wir 20 ökologisch oder sozial ausgerichtete Fonds und Beteiligungsgesellschaften in der Schweiz. Wenn wir Umweltkonten,



Ökofonds und alternative Pensionskassen betrachten, können wir die ethisch-ökologischen Geldanlagen in der Schweiz auf rund 5–5,5 Milliarden Franken schätzen. Die Tendenz ist rasch zunehmend.

Bei den *Grossbanken* ist die alte, militärisch denkende Generation abgetreten. Das jüngere Management weiss, dass sich Ökologie auch finanziell lohnen kann. Es weiss auch, dass es sich die Banken bei breiten Kundenkreisen nicht leisten können, regelmässig mit Umwelterstörung oder Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht zu

werden. So haben die meisten Finanzinstitute interne *Umweltabteilungen* aufgebaut. Sie haben sich Richtlinien zum Umgang mit Umwelt- und teilweise Menschenrechtsproblemen gegeben. Als die deutsche Rating-Agentur Oekom Research AG kürzlich die Umweltpolitik von 40 europäischen Grossbanken bewertete, stuft sie die UBS und die CS als die beiden führenden Institute ein.

Das *Konzept des aktiven Aktionärswesens* hat an Bedeutung gewonnen. 1998 forderte die EvB an der Aktionärsversammlung der ABB, dass diese Firma ihre *Kraftwerkstrategie* überdenken sollte. Sie konnte dabei nicht nur auf die zwei eigenen Aktien, sondern auch auf die 12'800 Anteilscheine der Pensionskasse des Genfer Staatspersonals zählen. Zudem teilten milliardenschwere Finanzinstitutionen aus den USA dem Verwaltungsrat mit, dass sie nur ABB-Aktien kaufen würden, wenn der Antrag der EvB angenommen werde. Zahlenmässig waren wir an der Aktionärsversammlung immer noch chancenlos. Dass aber plötzlich konventionelle Investoren die Forderung der kritischen Aktionärin EvB unterstützten, musste der ABB zu denken geben. Die Firma ist unterdessen aus dem Geschäft mit Grosskraftwerken ausgestiegen – aus verschiedenen Gründen.

Soweit die Schlaglichter: Die Alternativbanken legen zu. Die Grossbanken entdecken den Umweltschutz. Pensionskassen unterstützen kritische Aktionärsgruppen. Das ist die eine Seite. Gleichzeitig maximieren viele Firmen unter dem Druck des «*Shareholder Values*» ihre Gewinne, auch auf Kosten der Arbeitskräfte und der Umwelt. Selbst Firmen, die Gewinne machen, stellen Tausende von Personen auf die Strasse, um den Börsenkurs zu verbessern. Die Banken machen das vor. Die soziale Schere zwischen den Gutverdienenden und den Armen öffnet sich – in der Schweiz und weltweit. Und die Wirtschaftsverbände bekämpfen selbst bescheidene Energievor-

lagen, welche das Parlament beschlossen hat, mit einer Millionenpropaganda. In diesem Umfeld stellt sich die Frage erst recht, wie der Boom der ethisch-ökologischen Geldanlagen einzuschätzen ist: als Feigenblatt oder als Schritt in die richtige Richtung?

Eine alternative Schweiz, die sich selbst finanziert

Versuchen wir nach den Schlaglichtern einen systematischen Überblick. Und beginnen wir diesen mit der traditionellen Form der Geldanlagen – mit dem *Bankkonto*. Weit über 10'000 Menschen in der Schweiz haben heute ihr Geld bei einer alternativen Bank oder auf dem Umweltkonto einer Kantonalbank angelegt. Wenn wir an die Hunderttausende von Mitgliedern der grossen Umweltorganisationen denken, ist das nicht viel. Immerhin erlauben diese Konten die Finanzierung von gegen 1000 Projekten, mit Krediten von über 600 Millionen Franken. Das sind die alternativen Restaurants und Hotels, die Bioläden und biodynamischen Bauernhöfe, die alternativen Buchhandlungen und Kulturzentren, Kleinkraftwerke und Druckereien, Velobauer und Textilbetriebe, Arztpraxen und Brauereien.

Das ist – kurz gesagt – die alternative Schweiz, die sich über die ABS und die BCL selber finanziert. Das sind Projekte, die *sinnvolle Arbeitsplätze* bieten. Projekte, die *funktionierende Alternativen* zur profitorientierten, verschwenderischen und oft sozial einseitigen Wirtschaftsweise bilden. Gut 10 Prozent ihrer Kredite vergeben die Alternativbanken zu vergünstigten Konditionen. Auch ihre Normalkredite fördern einen sinnvollen wirtschaftlichen Kreislauf, bei dem die Projekte auf Austausch und Beratung zählen können. Indem sie sämtliche Kredite veröffentlichen, durchbrechen die ABS und die BCL auch die übliche *Anonymität des Bankgeschäfts* – eine Anonymität, welche für den Finanzplatz Schweiz prägend ist und dank wel-

cher wir als Bankkunden die Verantwortung für unser Geld scheinbar am Bankschalter abgeben können.

Das Konto bei einer alternativen Bank ist eine rundum sinnvolle Geldanlage. Dennoch reicht dieser Finanzierungskanal für einen *ethisch-ökologischen Umbau der Wirtschaft* nicht aus. Aus verschiedenen Gründen: Erstens finanzieren Bankkonten *Kredite*. Doch damit Unternehmen überhaupt Kredite aufnehmen können, brauchen sie auch Beteiligungskapital – insbesondere in der Form von Aktien. Zweitens könnten die Kreisläufe der alternativen Wirtschaft die Milliardensummen, die plötzlich ethisch-ökologisch angelegt werden sollen, gar nicht allein absorbieren. Schon heute legt die ABS einen Grossteil ihrer Kredite als *Hypotheken* an. Dies fördert den Aufbau alternativer Wirtschaftsformen nur beschränkt. Und drittens können Alternativbetriebe zwar wichtige Impulse geben. Doch für eine soziale und umweltverträgliche Schweiz und Weltgesellschaft muss auch die konventionelle Wirtschaft verändert werden. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, dass ethisch-ökologische Gelder in *Aktien von innovativen Grossbetrieben* angelegt werden.

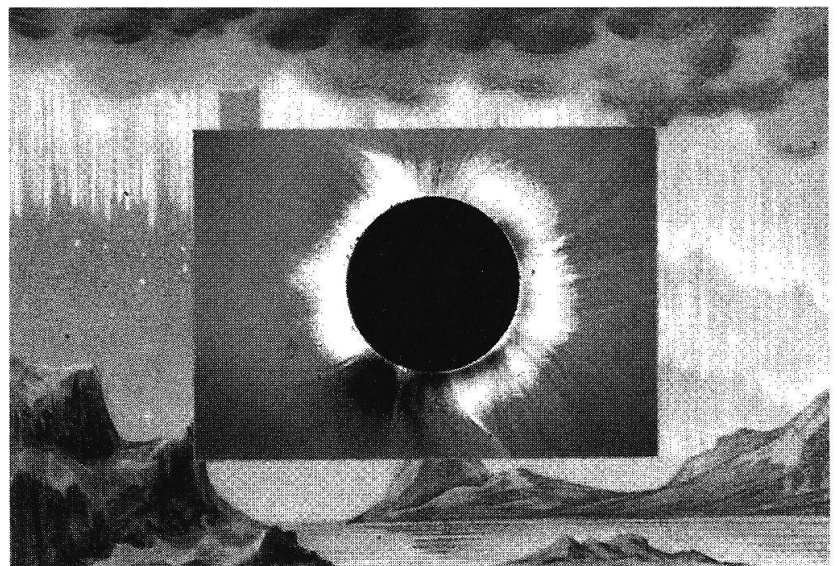
Beschränkte Auswirkungen von Ökofonds auf Grosskonzerne

Durch verschiedene Kanäle sind heute in der Schweiz Gelder im Umfang von rund *drei Milliarden Franken* aufgrund ethisch-ökologischer Kriterien in Aktien angelegt. Dies sind Gelder, die aufgrund von Positivkriterien in sozial und ökologisch besonders fortschrittliche Firmen angelegt sind, oder Anlagen, bei denen aufgrund von Negativ-Kriterien bestimmte umweltbelastende Branchen ausgeschlossen werden.

Bei diesen Anlagen ist unsere Kernfrage schwieriger zu beantworten: Sind sie ein Feigenblatt oder eine erfolgversprechende Strategie? Welche Auswirkungen haben sie, und wie verhalten sich

die verschiedenen beteiligten Institutionen? Welches Veränderungspotenzial haben solche Anlagen, und wo liegen ihre Grenzen?

Zuerst zu den *Auswirkungen*. Kleine Firmen, die in mehreren Ökofonds vertreten sind, kommen dadurch einfacher und günstiger zu ihrem Beteiligungskapital. Dies entspricht sozusagen den zinsvergünstigten Förderkrediten der ABS. Kleine und mittlere Betriebe sind wichtig für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die Innovation – auch im Umweltbereich. Leider finden es die meisten ethisch-ökologischen Fonds, Beteiligungsgesellschaften und Pensions-



kassen zu riskant, vor allem in kleine Pionierbetriebe zu investieren. Deshalb legen die meisten von ihnen 80–90 Prozent ihrer Aktienanlagen in *umweltbewussten Grosskonzernen* an.

Immerhin – einzelne Fonds spezialisieren sich auch auf Investitionen in kleine *Pionierbetriebe*. Und die Alternativbanken vermitteln Beteiligungen und Bürgschaften an solche Unternehmen. Wer bereit ist, das entsprechende Risiko zu tragen, kann so sehr direkt sinnvolle Betriebe und Innovationen fördern.

Gesamtwirtschaftlich fallen 3 Milliarden Franken überhaupt nicht ins Gewicht. Sie entsprechen nur gerade 2 Promille aller Aktienanlagen in der Schweiz. (Die Zahlen lassen sich allerdings nicht

direkt vergleichen: Die 3 Milliarden sind auch in ethisch-ökologische Anlagen im Ausland investiert. Umgekehrt investieren auch ausländische Ökofonds in schweizerische Aktien.) Und so spüren denn auch Grossunternehmen kaum einen direkten finanziellen Nutzen, wenn sie in Ökofonds aufgenommen werden. Die schweizerische Firma Sika gilt beispielsweise als der Umweltpionier in

In der verwirtschafteten Welt gilt es, an die geldwertunabhängige Würde des Menschen zu erinnern: nicht lau und sanft, sondern kräftig und grob. Menschen sind mehr wert als Kapital. Deshalb brauchen sie nicht erst in «Humankapital» verwandelt zu werden, um zur Kenntnis genommen zu werden. Die wundersame Verwandlung von Menschen in «Humankapital» ist eine sprachliche Entlarvung des blinden Fleckes einer kapitalisierten Wirtschaftsgesinnung.

Norbert Blüm, in: Publik-Forum, Nr. 12/2001.

der internationalen Baustoffbranche. Ihr Präsident Hanspeter Ming schätzt es als moralische Anerkennung, dass Sika in verschiedenen Ökofonds auftaucht. Günstiger zu Kapital kommt er dank solchen Investoren jedoch kaum. Die Aufnahme in solche Fonds bestätigt für ihn höchstens den Gesamteindruck einer gut geführten, verantwortungsbewussten Firma.

Dennoch haben Ökofonds *Auswirkungen auch auf Grosskonzerne*. Die Forschungsteams der seriösen Finanzinstitute überprüfen nämlich die Umweltpolitik und das Umweltmanagement ihrer Unternehmen regelmässig auf Herz und Nieren. Sie führen Interviews durch, mit Fragebogen oder persönlichen Gesprächen. Um einen Eindruck zu vermitteln, welche Kriterien Ökofonds verwenden, möchte ich einige Beispiele für sol-

che *Fragen* geben:

- Gibt es ein ökologisches Vorschlagswesen? Gibt es Anreize wie verbilligte Abonnements, damit die Angestellten auf den öffentlichen Verkehr umstellen?
- Gibt es quantitative Ziele, wie die Transportwege vermindert werden können?
- Wie viele CO₂-Emissionen oder Abfälle erzeugt die Firma?
- Werden die eigenen Produkte und die Verpackungen zurückgenommen und rezykliert?
- Ist die Firma Mitglied von Umwelt-Arbeitskreisen oder umgekehrt von umweltfeindlichen Lobbyorganisationen?
- Besitzt das Unternehmen verbindliche Richtlinien zur Verhinderung der Korruption?
- Gibt es weltweite Minimalstandards für den Mutterschaftsurlaub? Werden neu Eingestellte gezwungen, AIDS- oder Schwangerschaftstests vorzunehmen?
- Besitzen die Angestellten überall die volle Gewerkschaftsfreiheit?
- Gelten weltweit für alle Standorte die gleichen Sozial- und Umweltstandards?
- Wird die Einhaltung solcher Standards von externen Institutionen überprüft?

Oft werden in Fragebogen und Interviews 50–100 verschiedene Fragen gestellt. Soziale Faktoren wie die *Arbeitsrechte* oder die *Menschenrechte* spielen dabei eine zunehmend wichtige Rolle. Auf diese Weise werden die geeignetsten Firmen für die Portefeuilles von Fonds oder Pensionskassen ausgewählt. Zudem lernen dadurch Unternehmen, die sich grundsätzlich einer fortschrittlichen Umwelt- und Sozialpolitik verschrieben haben, immer wieder neue *Umweltverfahren*, *Arbeitszeitmodelle* und so weiter kennen. Gleichzeitig gibt es auch Fondsverwaltungen, die keinen grossen Forschungsaufwand betreiben und bei ihren Portefeuilles vor allem die anderen Institutionen kopieren.

Die Abklärungen mögen noch so gründlich, die Fragebogen noch so detailliert sein: Die *Auswahl an grossen*

Firmen, die dabei positiv abschneiden, ist sehr beschränkt. Es gibt kaum Grosskonzerne, die ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung wirklich gerecht werden. In anderen Worten: Es gibt viele Blue Chips, aber kaum «Green Chips». Umso wichtiger ist es, dass sich Ökofonds und Pensionskassen aktiv für eine *Veränderung der Geschäftspolitik* einsetzen, wenn sie in Grosskonzerne investieren. Dazu haben sie zwei verschiedene Möglichkeiten: Sie können einen Dialog hinter den Kulissen führen, oder sie können Vorstösse an den Aktionärsversammlungen unterstützen.

Veränderung der Geschäftspolitik durch Dialog und aktives Aktionärswesen

Die meisten Ökofonds führen mit ihren Unternehmen periodisch einen *Dialog*. Zudem suchen sie bei speziellen Vorkommnissen, bei Problemfällen das Gespräch. Wenn ihre Firmen plötzlich mit Menschenrechtsverletzungen, Korruptionsfällen oder Umweltskandalen in Verbindung gebracht werden, haben die Fonds nämlich ein Problem. Ihre Glaubwürdigkeit leidet. Das Fondsmanagement wird die Situation bei den Unternehmen abklären, wird vielleicht Warnungen aussprechen oder die Aktien aus seinem Portefeuille kippen. Mehrere Fonds haben formelle *Watch-Listen* und warnen Firmen, wenn sie in diesen Status versetzt werden. Wir wissen konkret von verschiedenen Fonds und Pensionskassen, die Aktien von Firmen und Banken verkauften, welche sich an *Mammutfabrikanten* beteiligten: von ABB, Sulzer, der deutschen Hypo Vereinsbank. Es ist nicht einfach Zufall, dass all diese Firmen und Banken sich unterdessen aus dem Kraftwerkgeschäft zurückgezogen haben.

Langsam gewinnt in der Schweiz neben dem Dialog auch das *aktive Aktionärswesen* an Bedeutung. Institutionen wie die *Pensionskasse Ethos*, der *Verein Actares* oder auch die *EvB* treten

an Aktionärsversammlungen auf. Sie stellen Fragen oder reichen Anträge zur Veränderung der Geschäftspolitik ein. In den USA hat dieses Vorgehen eine lange Tradition. Im vergangenen Jahr forderten Aktionärsgruppen Firmen wie DuPont oder Monsanto auf, kein *genetisch verändertes Saatgut* herzustellen. Sie forderten Banken wie die Citigroup oder Merrill Lynch auf, sich nicht am *Drei-Schluchten-Projekt* zu beteiligen. Oder sie forderten, die Bergbaufirma RTZ solle die Arbeitsbedingungen auf ihren Minen verbessern. Meistens erhalten solche Anträge im besten Fall einige Prozent der Stimmen. In Koordination mit öffentlichen Kampagnen erhöhen sie aber den Druck auf eine Firma. Entsprechende Vorstösse brachten Firmen dazu, nicht mit der Diktatur von Burma oder dem südafrikanischen Apartheidregime zu geschäften, Kriegsspielzeug zurückzuziehen oder auf Tabakwerbung zu verzichten.

(Mögliche) Vorreiterrolle der öffentlichen Hand und der Pensionskassen

Soweit also die möglichen Einflusskanäle. Wie werden diese bisher von den *verschiedenen Institutionen* eingesetzt?

Beginnen wir für einmal mit der *öffentlichen Hand*. Volumenmässig fallen deren Anlagen kaum ins Gewicht. Hingegen haben Bund und Kantone die Möglichkeit, bezüglich sozialer und ökologischer Anliegen eine wichtige *Vorreiterrolle* zu spielen. Der Verwaltungsrat der AHV hat dieses Jahr beschlossen, 100 Millionen Franken des *AHV-Fonds* nach ethisch-ökologischen Kriterien zu investieren. Von uns aus könnte es noch ein bisschen mehr sein. Aber immerhin ist nun ein Anfang gemacht. Das Gleiche gilt für die *Solidaritätsstiftung*. In deren Anlagerichtlinien «können auch ethische und soziale Grundsätze aufgenommen werden». Eine klare Verpflichtung besteht aber nicht.

Ebenfalls in einer guten Position, um ethisch-ökologische Anlagen zu tätigen,

sind die öffentlich-rechtlichen *Pensionskassen*. Die Pensionskasse des Bundes hat im vergangenen Jahr beschlossen, 400 Millionen aufgrund solcher Kriterien anzulegen. Auch andere Kassen – beispielweise von Lehrerinnen, Kantonalkirchen etc. – gehen ähnlich vor. Viele von ihnen haben sich der Sammelstiftung *Ethos* angeschlossen. Diese verwaltet unterdessen Anlagen von gegen eine Milliarde Franken. Auch die meisten NGOs und Alternativbetriebe lassen ihre Pensionskassengelder so verwalten; sie haben sich insbesondere den Kassen NEST und Abendrot angeschlossen. Schweizerische Pensionskassen verfügten im Sommer 2000 über einen Aktienbesitz von insgesamt rund 160 Milliarden Franken. Davon hatten sie rund ein Prozent ethisch-ökologisch angelegt – mit rasch wachsender Tendenz.

Pensionskassen sind grundsätzlich *langfristige Anleger*. Sie sollten deshalb ein Interesse daran haben, dass die Wirtschaft nicht ihre eigenen sozialen und ökologischen Grundlagen zerstört, dass die Firmen in ihrem Portefeuille eine langfristig sinnvolle Geschäftsstrategie verfolgen. In den USA engagieren sich viele Pensionskassen aus diesem Grund als aktive Aktionäre, teilweise mit ethisch-ökologischen Kriterien. In der Schweiz übernimmt *Ethos* diese Rolle. Die meisten der *Ethos* angeschlossenen Kassen üben ihre Stimmrechte aber nach wie vor nicht aus. Dies gilt erst recht für die privaten Pensionskassen. Viele Schweizer Firmen sind über Verwaltungsratsmitglieder oder über Geschäftsbeziehungen stark miteinander verbandelt. Die Leitung einer Pensionskasse wird es sich deshalb gut überlegen, in die Geschäfte einer anderen Firma hineinzureden. Die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen sind hier freier. Gerade *Ärztinnen* und *Pfarrer*, *Lehrerinnen* und *Beamte* sollten den Anspruch an ihre Kassen stellen, dass deren Anlagepolitik nicht gegen soziale und ökologische Anliegen verstösst.

Banken: Ökologie ja, aber nicht im Kerngeschäft

Nach der öffentlichen Hand und den Pensionskassen bleiben noch die *Banken*. Wir haben gesehen, dass die meisten ihrer grünen Fonds und Beteiligungsgesellschaften die Anlagen relativ gründlich abklären, dass sie auch soziale Fragen berücksichtigen und mit den Firmen im Portefeuille oftmals einen aktiven Dialog führen. Hier stossen wir nun aber auf einen *Widerspruch*:

Die Ökofonds argumentieren zu Recht, dass Firmen nicht nur in Nischenbereichen, sondern in ihrer gesamten Geschäftspolitik ökologische und soziale Anliegen berücksichtigen sollen: Sie fordern ein «*Mainstreaming*» statt ein grünes Mäntelchen. Mit Ausnahme der Alternativbanken verfolgen die Schweizer Banken diese Haltung, die ihre eigenen Ökofonds propagieren, aber nicht selbst. Sie behandeln die Umwelt zwar nicht mehr als reines Nischenthema. Bei der Erteilung von Krediten oder bei der Finanzierung von Projekten achten sie schon heute relativ umfassend auf ökologische Risiken – schon aus finanziellen Gründen. Das Kerngeschäft des Schweizer Finanzplatzes ist aber die *Vermögensverwaltung* für reiche Privatpersonen und Institutionen. Bei der Vermögensverwaltung werden ökologische und erst recht soziale Kriterien nicht flächendeckend angewendet, sind die Ökofonds weiterhin eine *exotische Nische*. Dabei würde die Banken überhaupt nichts hindern, solche Kriterien auch ohne ausdrücklichen Wunsch ihrer Kundschaft anzuwenden. Die Abklärung der finanziellen Seriosität der Anlagen ist schliesslich auch eine Selbstverständlichkeit.

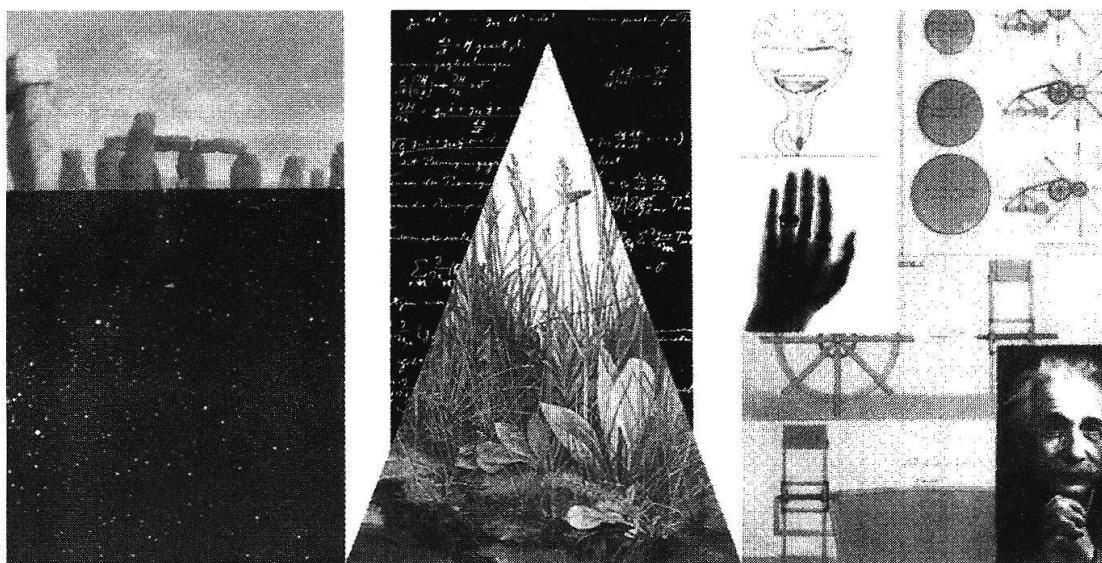
Ökologische und soziale Anliegen ignorieren die Banken auch als Aktionärinnen. Ihr eigener Aktienbesitz ist zwar relativ gering. Sie verwalten aber die *Depotstimmrechte* all ihrer Kundinnen und Kunden, welche diese Stimmrechte nicht selbst einsetzen. Damit üben die Banken in vielen Firmen eine bestimmen-

de Rolle aus. Diese nehmen sie bisher konsequent im Sinn der Verwaltungsräte wahr. Soziale und ökologische Kriterien haben keinerlei Einfluss auf die Ausübung der Depotstimmrechte. Nicht einmal die Ökofonds können bei den Banken, die wir angefragt haben, die Stimmrechte für die Aktien in ihrem eigenen Portefeuille selbst wahrnehmen. Auch hier setzt die gegenseitige *Verbandlung* der Schweizer Firmen und Banken enge Grenzen. Die Chefs der Firmen Nestlé und Novartis sitzen z.B. im Verwaltungsrat der Credit Suisse. Wie soll die CS Druck auf diese Konzerne ausüben, ihre Geschäftspolitik zu ändern?

Dafür müssen die Ökofonds der Grossbanken grosse Anstrengungen unternehmen. Ob sie diesen Anspruch einlösen können, hängt von der zukünftigen Entwicklung ab.

Ökofonds als Gegengewicht gegen Shareholder Value-Kapitalismus?

Was bringt die Zukunft? Wo stehen die ethisch-ökologischen Geldanlagen in fünf Jahren? Die Antwort auf diese Frage entscheidet darüber, ob diese Anlagen zum Hebel für die Veränderung der Wirtschaft werden können. Die Antwort hängt zum einen davon ab, wie stark der Druck der Öffentlichkeit auf die Banken



Ökologische und soziale Kriterien zu berücksichtigen ist sinnvoll und lohnt sich auch finanziell, sagen die Ökofonds. Das Management ihrer Banken hält sich leider bisher nicht an diese richtige Devise. Die Geschäftsleitungen der meisten Banken betrachten ihre grünen Fonds als *interessante Nische* oder – böse gesagt – als *Feigenblatt*. Das ist ein hartes Urteil. Die Umweltabteilungen und die Research-Teams der grünen Fonds haben aber durchaus den Anspruch, sich nicht mit der Rolle von Feigenblättern zufrieden zu geben. Sie wollen langfristig die gesamte Geschäftspolitik ihrer Banken mit beeinflussen. Was als Feigenblatt gedacht ist, kann sich auch als Kuckucksei oder als trojanisches Pferd entpuppen.

und Pensionskassen wird, bei ihren Geldanlagen soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen. Zum andern kommt es drauf an, wie stark ethisch-ökologische Geldanlagen in den kommenden Jahren rentieren.

Wie steht es denn um die *Rendite*? Ein sparsamer Ressourcenverbrauch lohnt sich. Eine fortschrittliche Umwelt- und Sozialpolitik ist auch gut für die Motivation der Angestellten und für das Image. Umweltbewusste Firmen haben oftmals ein intelligentes Management. Aus all diesen Gründen lohnen sich Anlagen in die Aktien von umweltbewussten Firmen. Im Vergleich mit dem Börsen-Durchschnitt haben die meisten Ökofonds eine *hohe Performance*. Wenn

dieser Trend anhält, wird sich der Boom der ethisch-ökologischen Geldanlagen in den kommenden Jahren noch verstärken. Die Anlageberaterinnen der Banken werden dann auch ihren konventionellen Kunden empfehlen, in Ökofonds zu investieren. Und noch viel mehr Pensionskassen und andere Institutionen werden nachziehen.

Ethisch-ökologische Geldanlagen machen gegenwärtig in der Schweiz gut *fünf Milliarden Franken* aus. Dieser Betrag könnte sich in den nächsten Jahren noch vervielfachen. Eine solche Entwicklung hätte *reale Auswirkungen*. Um attraktiv zu bleiben, kämen die Firmen plötzlich unter Druck, in ihrer Geschäftspolitik verstärkt soziale und ökologische Anliegen zu berücksichtigen. Dass solcher Druck wirkt, machte uns in den vergangenen Jahren der Financier *Martin Ebner* vor. Mit lumpigen 30 Milliarden Dollar gelang es ihm, die Schweizer Wirtschaft immer stärker auf den reinen Shareholder Value zu trimmen. Ethisch-ökologische Geldanlagen könnten in wenigen Jahren ein *Gegengewicht* bilden. Solche Geldanlagen könnten also einen ähnlichen Trend erleben wie die biologischen Nahrungsmittel. Noch vor wenigen Jahren waren diese ebenfalls Nischenprodukte, für eine alternative Kundschaft bestimmt. Unterdessen hat sich dies verändert. Bioprodukte sind zu einem Hebel geworden, der die gesamte Landwirtschaft beeinflusst. Die Sorgen der Konsumentinnen haben gar einzelne Grosskonzerne gezwungen, aus dem Gentech-Geschäft auszusteigen. Mit ethisch-ökologischen Geldanlagen könnte es ähnlich gehen.

Dies ist das *optimistische Szenario*. Ich halte es für realistisch. Gleichzeitig muss ich einige *Vorbehalte* machen: Der Druck der Investoren wird zunehmen, dass die Firmen sparsam mit den Ressourcen umgehen sollen. Das lohnt sich. Finanziell lohnt es sich aber bisher nicht, beispielsweise konsequent auf Alternativenenergien umzusteigen, oder auf sämtliche Auf-

träge zu verzichten, bei denen Menschenrechte verletzt werden. Damit sich dies ändert, müssen sich auch die gesellschaftlichen und politischen *Rahmenbedingungen* verändern: Erst wenn wir endlich den Energieverbrauch stärker besteuern können, wenn die Sensibilität der Konsumentinnen und Konsumenten noch zunimmt, lohnt sich auch die konsequente Umstellung auf eine soziale und ökologische Geschäftspolitik. Ethisch-ökologische Geldanlagen sind also *kein Ersatz für politische Veränderungen*. Sie müssen Hand in Hand mit diesen gehen, dann können sie sich gegenseitig verstärken.

Ökologische Geldanlagen sinnvoller als konventionelle Sparbüchlein

Fassen wir zusammen: Ethisch-ökologische Geldanlagen erleben in der Schweiz ein *rasches Wachstum*. Sie bilden immer noch eine bescheidene Nische, könnten aber in einigen Jahren auch quantitativ ins Gewicht fallen. Die meisten Banken und Ökofonds klären ihre ethisch-ökologischen Geldanlagen gründlich ab. Mit wenigen Ausnahmen verfolgen sie aber bisher nicht den Anspruch, im Sinn der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit aktiv auf die Geschäftspolitik ihrer Firmen Einfluss zu nehmen. Bei den konventionellen Banken und Pensionskassen besteht wenig Hoffnung, dass sie das in Zukunft tun werden. Die spezialisierten Ökofonds und die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen könnten hier aber eine noch viel aktivere Rolle spielen, zu der wir ermutigen.

Ethisch-ökologische Geldanlagen haben also zumindest das Potenzial, die Hebel zu einer sinnvollen Veränderung der Wirtschaftsweise zu verstärken. Ich finde es sinnvoll, diesen Hebel auszunützen, damit zu *experimentieren*. Andere sind vielleicht skeptischer, suchen Ansätze ausserhalb des bestehenden Systems. So oder so möchte ich aber festhalten: Sinnvoller als konventionelle Sparbüchlein sind ethisch-ökologische Geld-

anlagen auf jeden Fall! Selbst Feigenblätter, wenn es denn welche wären, sind mir lieber als Kühltürme oder Auspuffrohre. Und wenn ich die Zahlen anschau, drängt sich der Schluss auf, dass noch sehr viele Menschen in der Schweiz, die sich als sozial und umweltbewusst verstehen, ihre Ersparnisse in Auspuffrohren, in Gentechfirmen, in Menschenrechtsverletzungen investiert haben.

Schliesslich möchte ich nochmals in Erinnerung rufen: Viele von uns besitzen – beispielsweise über unsere Pensionskassen – die schweizerische Wirtschaft mit. Diese Verantwortung müssen wir vermehrt wahrnehmen. Wer von uns weiss, wo die *eigenen Pensionskassen* unser Alterskapital investiert haben? Bieten die Firmen in unserem Portefeuille gleichen Lohn für gleiche Arbeit? Besitzen sie Patente auf Leben? Stellen sie auch bei gutem Geschäftsgang Leute auf die Strasse? Kümmert sich unsere Pensionskasse um solche Fragen? Und wir selbst? Wir alle sollten darauf achten, dass unsere Pensionskassen nicht eine Geschäftspolitik betreiben, die unseren beruflichen und persönlichen Zielen widersprechen. Dazu sind wir alle in den Stiftungsräten der Kassen vertreten. Und wenn eine Pensionskasse diese Aufgabe nicht selbst wahrnehmen will, kann sie einer der grünen Sammelstiftungen beitreten.

Ich möchte mit einem kleinen Beispiel abschliessen. 1998 erhielt die Firma Sulzer den Auftrag, das *Ilisu-Kraftwerk* in der Türkei zu bauen. Bei der Erklärung von Bern wehren wir uns seit vielen Jahren gegen den Bau von Mammutstaudämmen, welche Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören. Wir wehren uns auch gegen den Bau von Ilisu. Gleichzeitig haben wir von der EvB aus unsere Pensionskassengelder bei der Stiftung Abendrot angelegt. Ich musste 1998 feststellen, dass ich über diese Stiftung Mitbesitzer der Firma Sulzer war! Mein Alterskapital bei der Stiftung Abendrot betrug damals 45'800 Franken. Und 579 Franken davon, 579 Franken meines ei-

genen Alterskapitals, entfielen im gleichen Jahr auf die Firma Sulzer. Bei der Erklärung von Bern wehren wir uns politisch gegen den Bau von Ilisu, indem wir die Erteilung einer Exportrisikogarantie bekämpfen. Ich fand es selbstverständlich, mich auch über die eigene Pensionskasse zu engagieren. Auf meinen Vorschlag hin setzte sich die Stiftung Abendrot mit der Firma Sulzer in Verbindung und kritisierte den geplanten Auftrag. Verschiedene andere Pensionskassen und Ökofonds taten es ihr gleich. Das politische Engagement der EvB war relativ erfolgreich. Es sieht gegenwärtig so aus, als ob Ilisu nicht finanziert werden könnte. Aber auch die Firma Sulzer ist nicht mehr am Projekt beteiligt. Sie hat sich bereits Ende 1999 aus dem mühsamen Kraftwerkgeschäft zurückgezogen.

Mein persönliches Alterskapital ist ein Klacks im Binnenmeer der Schweizer Börse. Aber wie viele Aktien besitzen wir? Und was tun wir mit dieser Verantwortung? Einer Umfrage des «Magazins» entnehme ich, dass 39 Prozent der Personen in der Schweiz, die sich *politisch als links* einstufen, Aktien besitzen. Das dürften *Dutzende von Milliarden Franken* sein. Wiederum: Wer nimmt die entsprechenden Stimmrechte wahr? *Was tun wir mit dieser Verantwortung?* •